

## Parlamentarischer Vorstoss

**2025/423**

---

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	<b>Dossier «BLKB» muss an ein unbeteiligtes Regierungsmitglied wechseln</b>
Urheber/in:	SP-Fraktion, GLP-Fraktion
Zuständig:	Adil Koller, Manuel Ballmer
Mitunterzeichnet von:	Abt, Ackermann, Boerlin, Bringold, Brunner Roman, Frey, Hagmann, Ismail, Kaufmann Urs, Kirchmayr, Locher, Mikeler, Noack, Roth Urs, Stöcklin, Strüby-Schaub, Weber Killer, Wicker-Hägeli, Wyss
Eingereicht am:	25. September 2025
Dringlichkeit:	Als dringlich eingereicht

---

Seit dem Bekanntwerden des Radicant-Millionenabschreibers im Sommer hat sich bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) einiges verändert: Der CEO sowie der Präsident des Bankrats sind zurückgetreten, eine externe Untersuchung wurde in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse teilweise veröffentlicht wurden. Zudem steht der Landrat kurz vor dem Entscheid über die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK).

Für den Kanton Basel-Landschaft ist eine lückenlose, unabhängige und transparente Aufarbeitung der Ereignisse zwingend notwendig. Damit diese Aufklärung glaubwürdig erfolgen kann, dürfen Personen, die in den bisherigen Prozess direkt involviert waren oder bei denen ein Interessenkonflikt vermutet werden könnte, nicht mehr für das BLKB-Dossier verantwortlich und involviert sein. Dies betrifft auch den derzeit zuständigen Finanzdirektor, der von 2013 bis 2023 als Vizepräsident selbst Teil des Bankrats war. 2020 wurde das Vorhaben «Radicant» lanciert, zuvor wurde der Anteil an der Swissquote Bank verkauft. Gleichzeitig war der Finanzdirektor in der Regierung zuständig für die Eignerbeziehung mit der BLKB.

Es geht bei diesem parlamentarischen Vorstoss nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die Sicherstellung von Objektivität, Transparenz und institutioneller Glaubwürdigkeit.

**Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Verantwortung für das BLKB-Dossier unverzüglich auf ein anderes Mitglied des Regierungsrates zu übertragen, um eine unabhängige und vertrauensbildende Aufarbeitung der Vorgänge zu gewährleisten und das Vertrauen in die Institutionen zu stärken.**

---